



HESSISCHER LANDTAG

24. 07. 2024

Kleine Anfrage

**Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und
Torsten Leveringhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 22.02.2024**

Angekündigter Stellenabbau bei Continental in Frankfurt-Rödelheim

und

Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

Vorbemerkung Fragesteller:

Laut Berichten unter anderem von hessenschau.de vom 20.02.2024 (→ <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/autozulieferer-continental-streicht-630-jobs-in-frankfurt-v1,continental-106.html>, abgerufen am 21.02.2024) hat die Firma Continental angekündigt, am Standort Frankfurt-Rödelheim bis Ende 2025 630 Stellen abzubauen. Auch eine Zusammenlegung von Standorten im Rhein-Main-Gebiet soll geprüft werden, was unter anderem die Standorte in Karben und Babenhausen betreffen könnte. Außerdem wolle der Konzern seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung deutlich reduzieren.

Die Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei wie folgt:

Frage 1. Wie und wann hat die Landesregierung vom aktuell angekündigten Stellenabbau bei Continental in Frankfurt-Rödelheim erfahren?

Die Landesregierung erhielt durch Berichterstattung der Presse Kenntnis von dem geplanten Stellenabbau bei Continental in Frankfurt-Rödelheim.

Frage 2. Hat die Landesregierung Kontakt mit der Geschäftsführung, dem Betriebsrat oder der IG Metall aufgenommen und wenn ja: Welche konkreten Ergebnisse ergaben die Gespräche der Landesregierung mit der Geschäftsführung von Continental zum aktuell angekündigten Stellenabbau in Frankfurt-Rödelheim, sofern welche geführt wurden?

Es hat ein Telefonat zwischen Herrn Ministerpräsidenten Rhein und dem zuständigen Vorstand von Continental, Herrn von Hirschheydt, stattgefunden. In dem Telefonat wurde das Vorhaben des Unternehmens grob skizziert.

Weiterhin haben sowohl Herr Staatsminister Mansoori als auch Herr Staatssekretär Sönmez diverse Gespräche mit Vertretern der Continental-Geschäftsleitung, der Betriebsräte und der IG Metall geführt. Bei den Gesprächen wurde die Haltung der Landesregierung deutlich gemacht, dass Stellenabbau und Standortschließungen unbedingt abzuwenden sind. Es wurde auch an alle Akteure appelliert, im Rahmen der betrieblichen und tariflichen Mitbestimmung Gespräche und Verhandlungen zu führen. Die Landesregierung hat zudem angeboten, Gespräche und Verhandlungen, die insbesondere den Erhalt des Continental Standortes Wetzlar zum Ziel haben, aktiv zu unterstützen. Aus diesem Angebot ist ein kontinuierlicher Gesprächskanal zur Geschäftsleitung von Continental und zu den Belegschaftsvertretern entstanden. Außerdem steht die Landesregierung in engem Austausch mit den Städten Wetzlar und Schwalbach.

Frage 3. Welche Informationen liegen der Landesregierung darüber vor, wie die von Continental angekündigte „Sozialverträglichkeit“ beim Stellenabbau in Frankfurt-Rödelheim konkret umgesetzt werden soll?

Frage 4. Welche Informationen liegen der Landesregierung über Pläne zur Zusammenlegung von Standorten im Rhein-Main-Gebiet vor und wie beurteilt sie diese Pläne?

Die Fragen 3 und 4 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Landesregierung liegen die Informationen zur Umsetzung des Stellenabbaus sowie zu den Plänen zur Zusammenlegung von Standorten im Rhein-Main-Gebiet vor, die auch der Öffentlichkeit vorliegen. Im Übrigen wird auf die weiter oben beschriebene Positionierung der Landesregierung verwiesen.

Frage 5. Welche Informationen liegen der Landesregierung über Pläne zur Verlagerung von Arbeitsplätzen von Continental nach Osteuropa vor und wie beurteilt sie diese Pläne?

Frage 6. Wie beurteilt die Landesregierung die Sparmaßnahmen bei dem Automobilzulieferer und die angekündigte Reduzierung der Forschungsaktivitäten Hessen im Kontext der Zukunftsfähigkeit des Unternehmens?

Die Fragen 5 und 6 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Pläne zur Verlagerung von Arbeitsplätzen von Continental nach Osteuropa liegen der Landesregierung nicht vor. Die „Reduzierung der Forschungsaktivitäten“ bedeutet letztlich den Abbau von Stellen; hierzu wird auf die weiter oben beschriebene Positionierung der Landesregierung verwiesen.

Frage 7. Wie plant die Landesregierung, die Automobilindustrie sowie die Zuliefererbetriebe in Hessen bei der Transformation und hinsichtlich Investitionen in Zukunftstechnologien zu unterstützen?

Die Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, hessische Unternehmen auf dem Weg der Transformation mit umfassenden Maßnahmen zu unterstützen. Diese Angebote stehen allen Unternehmen branchenübergreifend zur Verfügung. Einige Angebote beschränken sich auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU), zu denen auch Zuliefererbetriebe gezählt werden können, und andere stehen allen Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, zur Verfügung.

Die Servicestelle WirtschaftsWandel Hessen ist zentrale Ansprechpartnerin für hessische Unternehmen und ihre Beschäftigten in allen Fragen der Transformation. Sie bietet Orientierungsberatungen, vermittelt weitergehende Fach- sowie Spezialberatungen von Partnereinrichtungen (bspw. Kammern, Verbänden, dem RKW Hessen, Gewerkschaften) und ist Lotsin zu passenden Förderprogrammen der EU, des Bundes und des Landes.

Hessen fördert mit dem Programm PIUS-Invest den nachhaltigen Einsatz von Ressourcen in der Produktion. PIUS steht für Produktionsintegrierten Umweltschutz. Mit der Förderung werden Investitionen des Mittelstands bezuschusst, die zu einer wesentlichen Verringerung der CO₂-Emissionen beitragen. Jährlich werden allein dadurch rund 22.000 t CO₂ eingespart. Für die aktuelle Förderperiode wurden die Konditionen für die Unternehmen weiter verbessert: Der Zuschuss zu klimaschützenden Investitionen kann nun bis zu 40 % bzw. maximal 500.000 € betragen.

Die Landesregierung bietet eine Reihe von zielgerichteten Förderprogrammen an, um Unternehmen bei der Transformation zu unterstützen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, beispielsweise in den Bereichen E-Mobilität, Digitalisierung oder Kreislaufwirtschaft. Das Ressourcenwendepaket Hessen zum Beispiel richtet sich an kleine, mittlere und große hessische Unternehmen, die für die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit einem Fokus auf innovativen Technologien für eine effiziente Kreislaufwirtschaft einen Zuschuss erhalten.

In einigen Regionen Hessens haben sich bereits regionale Transformationsnetzwerke gebildet, um regionale Transformationsstrategien nach dem Bottom-up-Prinzip zu erarbeiten und umzusetzen. Die bestehenden Netzwerke sollen langfristig verstetigt und erhalten werden.

Wiesbaden, 15. Juli 2024

In Vertretung:
Umut Sönmez